

MEDIUM	Jüdische Zeitung
RESSORT	Aus den Gemeinden
WANN	Februar 2009

Potsdamer Synagoge wird als Landesbaumaßnahme realisiert

Gesetzestreue Juden fordern Unterstützung für eine zweite Synagoge (Von Gideon Wollberg)

«Jüdisches Leben soll in Brandenburg wieder einen festen Ort erhalten. Deshalb unterstützt die Landesregierung den Neubau einer Synagoge in Potsdam», sagte Brandenburgs Finanzminister Rainer Speer am 20. Januar. Der geplante Neubau wird als Landesbaumaßnahme realisiert; im laufenden Haushaltsjahr werden insgesamt 237.500 Euro für Planungsleistungen zur Verfügung gestellt. Damit sollen die erforderlichen Planungen für die gesamte Liegenschaft in der Potsdamer Schlossstraße 1 einschließlich des Synagogenneubaus finanziert werden. Bau und Betrieb der Synagoge sollen letztlich jedoch durch Spenden und Eigenmittel des künftigen Trägers getragen werden. Erwartet werden Gesamtbaukosten von rund fünf Millionen Euro. Die Trägerstiftung Neue Synagoge Potsdam hat kürzlich ihre Satzung zur Genehmigung beim Innenministerium eingereicht. Mehr als 150 Architekturbüros haben sich zum Wettbewerb für den geplanten Neubau einer Synagoge in Potsdam gemeldet; davon seien 30 ausgewählt worden, um nun konkrete Entwürfe zu erarbeiten, teilte der Bauverein Neue Synagoge Potsdam mit. Im April werde eine Jury einen Entwurf zur Realisierung empfehlen. In der Jury sitzen unter anderem Kulturministerin Johanna Wanka (CDU) und Finanzminister Rainer Speer (SPD) sowie Fachexperten.



Brandenburgs Finanzminister Rainer Speer. Foto: dpa

Das Land Brandenburg hatte sich bereits 2005 in einem Staatsvertrag mit der Jüdischen Gemeinde verpflichtet, die Jüdische Gemeinde bei der Errichtung einer Synagoge in Potsdam zu unterstützen. Finanzminister Speer hatte zudem die Absicht erklärt, eine rund 470 Quadratmeter große Teilfläche der landeseigenen Liegenschaft Schlossstraße 1 für die Errichtung der Synagoge zur Verfügung zu stellen. Die Jüdische Gemeinde bereitet derzeit die Gründung einer Stiftung als Trägerin für die künftige Synagoge vor. Die genannte Teilfläche für die Synagoge soll seitens des Landes in die Stiftung eingebracht werden. Die Einwerbung von Spenden wird wesentlich vom Vorliegen konkreter Planungen für den Synagogenbau abhängen. Die Entwicklung des Areals an der Schlossstraße 1 kann jedoch sinnvoll nur als Ganzes – einschließlich des Synagogenneubaus – erfolgen.

Deshalb betreibt das Land derzeit die erforderlichen Planungen für die gesamte Liegenschaft. «Das Land hat zudem selbst ein hohes Interesse an der zügigen Entwicklung der Liegenschaft, die in unmittelbarer Nähe des neuen Landtags Brandenburg liegt. Die Entwicklung dieser Liegenschaft soll zeitgleich mit der voraussichtlichen Fertigstellung des Landtags auf dem Alten Markt Ende 2012 abgeschlossen sein. Dies ist für ein repräsentatives Erscheinungsbild des Landtagsumfeldes von wesentlicher Bedeutung.» Der stellvertretende Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Potsdam, Michael Tkach, er-

klärte dazu: «Ein lang gehegter Wunsch geht nun in Erfüllung. Wir sind dankbar für das große Verständnis um die Bedeutung einer Synagoge mit Gemeindezentrum. Mit ihr entsteht die Basis für eine lebendige jüdische Kultur nicht nur in der Gemeinde, sondern auch in der Stadt Potsdam. Der Neubau schreibt einen neuen Absatz der Geschichte des jüdischen Lebens im Land Brandenburg, zu der wir als Juden und als Bürger Potsdams lebhaft beitragen werden.» Das sieht auch Horst Mentrup, Vorsitzender des Bauvereins Neue Synagoge Potsdam, so. «Wir freuen uns sehr über diese wunderbare Nachricht. Mit der Entscheidung, den Synagogenneubau zunächst vorzufinanzieren, setzt die Landesregierung ein weiteres deutliches Signal für jüdisches Leben in Brandenburg.» Die Entscheidung sei auch eine große Bestätigung der Bemühungen derjenigen, die gemeinsam mit der Jüdischen Gemeinde, der Stadt und dem Bauverein für eine neue Synagoge gearbeitet haben. Sie werde die Spendenwerbung erleichtern. Auch Potsdams Oberbürgermeister Jann Jakobs begrüßte die Entscheidung. Man sei in der moralischen Verantwortung für die Förderung jüdischen Lebens und unter Zeitdruck wegen des Landtagsbaus.

Einen Tag nach Bekanntgabe, dass die Synagoge als Landesbaumaßnahme realisiert werden soll, warf die Gesetzestreuere Jüdische Gemeinde, die seit zehn Jahren in Potsdam besteht, dem Land Brandenburg vor, sie nicht angemessen zu unterstützen. Zur Forderung des Vorsitzenden der Gesetzestreuere Jüdischen Gemeinde, Alexander Schimon Nebrat, auch seiner Gemeinde eine Synagoge zu bauen, sagte Ministeriumssprecher Ingo Decker unterdessen: «Das Land unterstützt nur einen Synagogenbau. In innerkirchliche Fragen mischt es sich nicht ein.» Horst Mentrup machte zudem deutlich: «Bauverein und Jüdische Gemeinde wollen in Potsdam eine orthodox geprägte Synagoge errichten.» Die religiösen Anforderungen für den Neubau im Detail seien ausdrücklicher Bestandteil der Planungsaufgabe im Architektenwettbewerb. Der Vorsitzende der Gesetzestreuere habe Gelegenheit gehabt, sich an der Diskussion zu beteiligen, aber mehrfache Gesprächsangebote von Gemeinde und Bauverein ohne Angabe von Gründen zurückgewiesen. Chabad-Rabbiner Nachum Presman, der die Jüdische Gemeinde Potsdam betreut, zeigte sich ebenfalls verständnislos: «Mit seiner Wortmeldung konstruiert Nebrat einen religiösen Gegensatz zwischen der orthodoxen Jüdischen Gemeinde Potsdam und seiner sogenannten Gesetzestreuere Gemeinde. Ein Gegensatz, der nicht existiert.»